

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 31. Januar 1931

Vor den Etatsberatungen.

Parlament oder Notverordnung?

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Am Dienstag nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen kleinere Vorlagen. Was an den folgenden Tagen behandelt werden soll, lässt sich heute noch nicht übersehen. Möglicherweise sollen zunächst einige Anträge aus dem Hause zur Beratung kommen, die einen ruhigeren und sicheren Verlauf der parlamentarischen Debatten bezwecken. Es handelt sich dabei weniger um Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen da die bestehenden, entsprechend angewandt, ausreichen, als vielmehr um den Versuch, dem Unfug der unehrlichen Vertrauensanträge ein Ende zu machen und einige andere Reformen vorzunehmen, die einen glatteren Verlauf der Arbeiten ermöglichen.

Es muss ferner damit gerechnet werden, dass die Rechtsparteien und die Kommunisten, ebenso wie in den letzten Tagungsabschnitten, den Antrag stellen werden, die auswärtige Politik im Plenum zu behandeln. Mit Rücksicht auf die damals bevorstehenden Verhandlungen in Genf sind diese Anträge vor Weihnachten stets von einer Mehrheit abgelehnt worden. Nachdem die Genfer Ratstagung abgeschlossen ist, besteht wohl kein Grund mehr, die Debatte hinauszuschieben, obwohl der Haushalt des Auswärtigen Amtes erst in der zweiten Hälfte des Februar an den Ausschuss kommt, und seine Erörterung in der Vollversammlung nicht vor März erwartet werden kann. Mit der Debatte über die auswärtige Politik werden dann auch die gegen den Minister Curtius vorliegenden Misstrauensanträge verbunden werden, aber ihre Ablehnung kann jetzt, wo sich der Minister auf seine Erfolge in der Sache der deutschen Minderheiten berufen kann, als sicher gelten.

Die wichtigste Aufgabe der Volksvertretung besteht indessen in der Erledigung des Etats, die ordnungsgemäss bis zum 31. März erfolgt sein muss, und die grosse Frage ist, ob der Reichstag seiner Pflicht in dieser Beziehung genügen wird oder ob Reichspräsident und Regierung sich wiederum genötigt sehen oder genötigt glauben, auf den Artikel 48 der Reichsverfassung zurückzugreifen.

Das Kabinett hat, soweit wir unterrichtet sind, den dringenden Wunsch, dass der Reichshaushalt auf parlamentarischem Wege verabschiedet wird. Dabei sind nicht allein die Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Verfassung massgebend, sondern auch Erwägungen finanz- und wirtschaftspolitischer Natur. Stellt sich die technische Unmöglichkeit der Durchführung einer Debatte heraus, oder findet sich keine Mehrheit für die Annahme des Etats, so wird das allgemeine Ansehen Deutschlands wiederum aufs schwerste diskreditiert, und die Folge werden sich bei seiner Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit bemerkbar machen. Das Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse wird aufs neue schwer erschüttert, die Zurückziehung fremder Gelder wird ihren Fortgang nehmen die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland wird einen neuen Auftrieb erhalten, und Anleihen werden entweder gar nicht oder unter erschwerten Bedingungen hinzubekommen sein. Was das für die deutsche Wirtschaft und ihre Wiederankurbelung bedeutet, liegt auf der Hand. An eine Verringerung der Arbeitslosenziffer

ist nicht zu denken, das Elend wird nicht vermindert, sondern erhöht.

Im Haushaltsausschuss haben nun die Etatverhandlungen bisher einen verhältnismässig ruhigen Verlauf genommen. Aber damit sind keinerlei Garantien für das Plenum geboten. Die Nationalsozialisten drohen schon jetzt mit Obstruktion, und ganz davon abgesehen, liegt es in der Richtung ihrer Politik, das Chaos zu vergrössern. Sie spannen ihre Hoffnungen umso höher, je tiefer das Land in Not und in Elend versinkt. Ein Verantwortungsbewusstsein können wir von ihnen nicht verlangen, da ihnen jedes Mittel recht ist, mit dem sie das gegenwärtige System glauben zertrümmern zu können.

Es bestehen jedoch noch andere Gefahren, und die liegen in der Schwierigkeit, überhaupt eine Mehrheit für die Annahme des Etats auf die Beine zu stellen. Zunächst ist da die Deutsche Volkspartei, die wieder einmal, wie so oft schon, eine kritische Situation heraufzubeschwörendroht. Sie verlangt, dass an den Ausgaben des vorliegenden Etats, mindestens 300 Millionen gestrichen werden. Wie dieser Betrag zustandekommen soll, hat sie bisher nicht verraten. Vielleicht weiss sie es selber noch nicht. Tatsache ist, dass die Personalausgaben kaum noch in irgend einer nennenswerten Weise gekürzt werden können. Von den rund 850 Millionen Sachausgaben entfallen 430 Millionen auf die Reichswehr. Da die Reichswehr von der Volkspartei für unantastbar erklärt wird, sollen also von den verbleibenden 400 Millionen 300 gestrichen werden. Dass das ein Ding der Unmöglichkeit ist, braucht nicht umständlich bewiesen zu werden. Dass aber die Wünsche der Partei des industriellen Unternehmertums auf eine Verkürzung der Sozialausgaben gerichtet sind, steht ebenso ausser Zweifel. Daneben aber spielen auch noch andere Beweggründe mit. Es gibt in der Volkspartei einen Flügel, und sein Exponent ist der Abgeordnete Schmid, genannt Schweine-Schmid, der sich der Mitverantwortung für das Kabinett Brüning entziehen und den Schwerpunkt der Regierung nach rechts hin verlegen möchte. Eine Zeit lang sollte diese Absicht durch die Zurückziehung des Ministers Curtius erreicht werden. Da dieser Weg nach dem Ausgang der Genfer Verhandlungen nicht mehr recht gangbar ist, kommt man mit unerfüllbaren Abstrichforderungen, und wenn dann schliesslich die Regierung Brüning, schon weil sie durch ein Nachgeben die Stimmen der Sozialdemokratie verlieren würde, zum Artikel 48 greift, wird die Deutsche Volkspartei ihre Hände in Unschuld waschen.

Wie die Volkspartei, so das Landvolk. Angeblich ist zwischen ihm und der Regierung eine Verständigung über die Massregeln zur Hebung der Not der Landwirtschaft erzielt worden. Worauf sie sich erstreckt, ist im einzelnen noch nicht bekannt. Jedenfalls ist die Neuregelung der Osthilfe noch nicht in sie einbegreifen, und hier erhebensich wieder die grössten Schwierigkeiten. Die Agrarier verlangen bekanntlich ihre Ausdehnung auf den ganzen Osten, die Verwendung der bisher der Staatskasse zufließenden Gelder aus der Industriebelastung für ihre Zwecke und die Beseitigung der bisher von Preussen geübten Kontrolle über die zur Verteilung gelangenden Summen. Wenn die Regierung sich der Hoffnung hingibt, sich durch die Annahme dieser Vorschläge die Zustimmung des Landvolkes zum Etat zu sichern, so ist es einstweilen zweifelhaft, ob sie sich nicht in einer Täuschung befindet. Sicher aber ist, dass sie in diesem Falle mit der schärfsten Opposition der Sozialdemokratie rechnen muss. Sie könnte vielleicht die Osthilfe gemäss den agrarischen Vorschriften mit den Nationalsozialisten durchbringen. Aber dass die Sozialdemokraten dann den Etat bewilligen würden, wird sie wohl selber kaum erwarten. Wir sind zu mancherlei Zugeständnissen bereit, um die nationalsozialistische Diktatur abzuwehren. Aber es gibt Grenzen, die wir nicht zu überschreiten vermögen.

So wird die Tagung des Reichstags von schweren und ernstesten Kämpfen erfüllt sein. Ob sie zu einem gedeihlichen Ende gelangen kann, oder ob sie schon bald zu einem gewaltsamen Abschluss gebracht werden muss, steht dahin. Die Sozialdemokratie wird sich keiner Pflicht entziehen, die im Interesse des Volksganzen und einer ruhigen Entwicklung übernommen werden muss. Das Schicksal des Parlaments und unserer staatlichen Zukunft liegt jetzt in den Händen der anderen, liegt in den Händen der Regierung und nicht zuletzt der angeblich hinter ihr stehenden Parteien.

SPD. Stuttgart, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Staatsminister Dr. Frick erklärte hier in einer öffentlichen Versammlung, dass die nationalsozialistische Reichstagsfraktion dem Auswärtigen Ausschuss einen Antrag unterbreiten werde, in dem die deutsche Regierung "mit Rücksicht auf das Versagen des Völkerbundes" ersucht wird, mit "diesem Lügenbund" Schluss zu machen und den Austritt Deutschlands zu erklären. Im übrigen brüstete sich Frick damit, dass er in seiner Eigenschaft als thüringischer Bevollmächtigter zum Reichsrat bereits in über 500 Fällen gegen Einbürgerungsgesuche von Ostjuden Einspruch erhoben habe und zwar mit dem Erfolg, dass der Reichsrat in dieser Frage nahezu geschäftsunfähig geworden sei.

SPD. Oppeln, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Oppeln verurteilte am Sonabend den polnischen Fliegerfeldwebel Hugo Wolff aus Krakau wegen fahrlässigen Passvergehens und Vergehens gegen das Luftverkehrsgesetz zu 2 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüsst gelten. Der Mitangeklagte, Fliegersergeant Marion Jmiela, ebenfalls aus Krakau, wurde freigesprochen. Die beiden Flieger hatten am 19. Januar deutsches Gebiet überflogen und waren in der Nähe von Oppeln gelandet. Die Verhandlung fand in Anwesenheit von Vertretern des polnischen Konsulats, einem starken Aufgebot der polnischen Presse und eines Vertreters des Reichsverkehrsministeriums statt.

Die Angeklagten bestritten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben, und führten die Verletzung der deutschen Gebietshoheit auf ihre schlechten Orientierungsinstrumente und das schlechte Wetter zurück. Der Angeklagte Wolff, ein ehemaliger deutscher Militärflieger, erklärte in deutscher Sprache, dass er mit noch zwei Kameraden den Auftrag hatte, drei Flugmaschinen nach Graudenz zu schaffen. Er war der Führer der Staffel. Bald nach dem Aufstieg in Krakau habe sich eine starke Verschlechterung des Wetters bemerkbar gemacht. Ausserdem habe sein Kompass nicht richtig funktioniert. Dennoch sei er in einem Tempo von 160 bis 200 Stundenkilometern mit den übrigen Fliegern ohne sichere Orientierung weiter geflogen. Er habe sich hauptsächlich auf seinen guten Sinn verlassen, sich schliesslich aber in der Nähe von Oppeln gegen 14 Uhr zur Landung gezwungen gesehen. Dabei habe er erfahren, dass er sich auf deutschem Boden befand. Er habe dem zweiten Flieger Jmiela - den dritten hatte er inzwischen verloren - sofort ein Zeichen zum Weiterfliegen gegeben. Dieser habe die Zeichen jedoch falsch verstanden und sei ebenfalls gelandet. Bald nach der Landung seien beide verhaftet worden.

Der Angeklagte Jmiela, der nur polnisch spricht, bestätigte in Abwesenheit des ersten Angeklagten dessen Aussagen. Auf Grund eines Briefes, den er an seine Braut sandte und in dem zum Ausdruck kam, dass er schon nach einer halben Stunde das Gefühl hatte, sich verfliegen zu haben, befragt, erklärte der Angeklagte: "Ja, das stimmt. Mein Kompass war schon vor dem Aufstieg defekt und da ich keinen anderen erhalten konnte, war es mir nicht möglich, mit Bestimmtheit ein Verfliegen anzunehmen. Im übrigen hatte ich den Befehl, mich nach dem Führer zu richten." Ferner erklärten Jmiela und Wolff, dass sie nicht die Absicht gehabt hatten, deutsches Gebiet zu überfliegen, was übrigens streng verboten sei. Sie hätten auch nicht gewusst, dass an dem betreffenden Tage gerade der Reichskanzler Brüning in Oberschlesien weilte. Diese Behauptung wurde von den Reichswehrzeugen, die die Flieger nach der Notlandung verhaftet hatten, und einem Eisenbahner unter Eid widerlegt.

Der als Sachverständiger geladene polnische Hauptmann Oye sagte aus, dass am 19. Januar das Wetter tatsächlich so schlecht gewesen sei, wie die Angeklagten angegeben hätten und dass die Flieger sich kaum hätten orientieren können. Auf ihre Orientierungsinstrumente hätten sie sich nicht verlassen können, da sie sehr schlecht seien. Die Angeklagten hätten sich aber, nachdem sie

die Orientierung verloren hatten, auf andere Art orientieren können.

Der Vertreter der Anklage sah in dem Vergehen der beiden Angeklagten eine erhebliche Verletzung der deutschen Gebietshoheit und äusserte den Verdacht, dass die Tat mit Absicht begangen worden sei. Immerhin habe sich aus der Beweisführung ergeben, dass keine Absicht vorgelegen habe. Spionage oder eine Demonstration kämen nach den vorhandenen Beweismitteln nicht in Betracht. Auch ein der Absicht gleichkommender Eventualfall, bei dem die Angeklagten es gleichgültig hingenommen hätten, dass sie die Grenze verletzen, komme nicht in Frage. Es bleibe daher nur Fahrlässigkeit übrig. Bei dem Angeklagten Jmiela scheidet aber auch diese aus, weil er in dem guten Glauben gewesen sei, dass sein Führer und älterer Kamerad richtig fliege und er selbst keine Möglichkeit gehabt habe, das zu untersuchen. Für ihn beantrage er daher Freisprechung.

Anders liege die Sache bei dem Angeklagten Wolff. Er habe nicht alle Möglichkeiten zu einer Orientierung ausgenutzt und sich nur auf seinen guten Glauben, dass er richtig fliege, verlassen. Er habe sich daher fahrlässig einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Obwohl sonst auf Passvergehen nur Geldstrafe stehe, wirke im Falle des Fliegers Wolff der Umstand, dass es sich bei ihm um einen Militärflieger handle, der zu besonderer Achtsamkeit verpflichtet sei und durch seine Unachtsamkeit die Erregung der Grenzbevölkerung gesteigert habe, strafverschärfend. Seine Fahrlässigkeit müsse mit 2 Wochen Gefängnis gesühnt werden.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Simon-Breslau, plädierte auf Freispruch. -Der Haftbefehl gegen die Angeklagten wurde nach der Urteilsverkündung sofort aufgehoben.

SPD. Der Ausschuss für den Reichshaushalt beriet am Sonnabend den Einzelplan für Versorgung und Ruhegehälter.

Der die jährige Haushalt schliesst gegenüber dem Vorjahr mit einem Minderansatz von 101 Millionen Mark ab. Die Gesamtausgaben von 1646 Millionen stellen aber noch immer mehr als ein Viertel des Zuschussbedarfes des ordentlichen Haushalts dar. Das Schwergewicht fällt auf die Ausgaben für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sowie der Offiziere und Beamten der alten Wehrmacht. Hierfür sind rund 1469 Millionen angesetzt. In den nächsten Jahren werden Ersparnisse von je 30 bis 60 Millionen erwartet, so dass die Ausgaben des Jahres 1940 um etwa 300 Millionen Mark hinter denen des Jahres 1931 zurückbleiben werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Rossmann (Soz) erklärte Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium, dass man im Reichsarbeitsministerium nicht daran denke, die Versorgungsarbeiten an Wohlfahrtsbehörden der Provinzen oder Gemeinden zu übertragen. Das liesse schon das Reichsinteresse nicht zu, denn es seien jährlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden Reichsgelder zu betreuen. Ebensowenig könnten die sozialpolitischen Aufgaben des Versorgungswesens durch fiskalische Behörden weitergeführt werden.

Die Mehrzahl der Ansätze dieses Haushalts beruht auf gesetzlichen Verpflichtungen und kann ohne Änderung der betreffenden Gesetze nicht geändert werden. Die Sozialdemokratie beschränkte sich daher in der Hauptsache darauf, durch Entschliessungen, die vom Abg. Rossmann (Soz) begründet wurden, die Regierung aufzufordern, entstandene Härten und Misstände zu beseitigen. So wurde verlangt, dass die Regierung in eine Prüfung eintrete, ob und inwieweit bedürftigen Kriegereltern auch nach Ablauf der im Reichsversorgungsgesetz gehannten Fristen anstelle der Elternrente laufende Beihilfen oder Unterstützungen gewährt werden könnten. Ferner sollen die vorgesehenen zehn Millionen für die Kapitalabfindung zum Zweck der Wohnungsfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene unverkürzt und rechtzeitig den Hauptversorgungsämtern zur Verfügung gestellt werden, damit diese in der Lage sind, gleichzeitig mit der Aufstellung des Wohnungsbauprogramms der Länder und Gemeinden bestimmte Zusätze

rungen über den Anteil an Kapitalabfindung zu geben.

Weiter wird die Regierung ersucht, die in der Verordnung vom 1. Dezember 1930 aufgestellten Vorschriften für die Befreiung von der Gebühr für den Krankenschein und den Verordnungsschein auf alle Schwerkriegsbeschädigten auszu- dehnen und schliesslich die eingetretenen Härten in der Reichsversorgung all- mählich zu beseitigen und dafür, sowie zur Beseitigung der sonst bestehenden allgemein anerkannten Lücken in der Versorgungsgesetzgebung, solche Mittel zu verwenden, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Ver- sorgungsberechtigten unter Durchführung der allgemeinen Sparmassnahmen auf die- sem Gebiet ergeben.

Die sozialdemokratischen Entschliessungen wurden sämtlich angenommen.

SPD. Paris, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Universität von Barcelona ist, wie die "Liberté" mitteilt, wieder geschlossen worden, nachdem es abermals zu schweren Zwischenfällen in der Studentenschaft gekommen ist. Besonders erregt hat die Festnahme eines Studen- ten namens Ponyil, der bereits seit geraumer Zeit unter Beobachtung der Poli- zei steht und von dem nunmehr festgestellt werden konnte, dass er der Mitver- fasser mehrerer revolutionärer Flugschriften ist.

SPD. New York, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die "New York Times" berichtet aus Helsingfors über das Vorhandensein von acht riesigen Konzentrationslagern in Nordrussland, die zum Zwecke der Ver- richtung von Zwangsarbeit angelegt und unter dem Namen "Solowetzki-Lager" bekannt sind.

Die Zahl der in dem Solowetzki-Lager beschäftigten Zwangsarbeiter betrug nach dem Bericht des New Yorker Blattes im Mai vorigen Jahres 662 000, unter denen sich 73 285 Frauen und 19 000 Personen unter 20 Jahren befanden. Die Ernährung, Unterbringung und Arbeitsbedingungen in den Konzentrationslagern werden als schrecklich geschildert. Im letzten Winter seien allein 72 000 To- desfälle zu verzeichnen gewesen. Die Aufsichtsbeamten machten bei jeder Gele- genheit rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch.

Der Artikel, der genaue Einzelheiten enthält, findet hier angesichts der gegenwärtigen starken Strömungen zugunsten eines Einfuhrverbots gegen Sowjet- güter aussergewöhnliche Beachtung und dürfte Rückwirkungen auf die gegenseiti- gen Handelsbeziehungen haben.

SPD. In einer öffentlichen Kundgebung des deutschnationalen Kreisvereins Nauenburg bezweifelte der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberföhrn, dass sich die Regierung Brüning gegenüber der erregten Volks- stimmung noch lange halten können. Wenn es anders wäre - so fuhr Ober- föhren nach dem uns vorliegenden Bericht fort - dann muss mit Gewalt eine na- tionale Regierung ans Ruder gebracht werden.

Man ist es bei Herrn Oberföhren gewohnt, dass er den Mund immer sehr voll nimmt. Dennoch müssen wir angesichts seiner jüngsten Drohung fragen: Wo bleibt der Herr Staatsanwalt?

SPD, Washington, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Gegensätze über die unbefriedigenden bundesamtlichen Krisenmassnahmen führten im Bundeskongress zu einem offenen Bruch, nachdem das Repräsentantenhaus die 25 Dollarmillionen-Agrarhilfsvorlage des Bundessenats abgelehnt hatte. Die demokratische Minderheit von 42 Bundessensatoren gab daraufhin ein Ultimatum bekannt, in dem die Annahme des Agrarhilfsfonds und fünf weiterer Hilfsvorlagen unter Androhung der eventuellen Erzwingung in der Frühjahrs-Sondersession des Bundeskongresses gefordert wird. Das Ultimatum führt zu Gegendrohungen von republikanischer Seite, sodass die Möglichkeiten eines Kompromisses und die Erledigung des lebenswichtigen Regierungsbudgets gegenwärtig aussichtslos ist. Die demokratischen Drohungen sind insofern bedeutsam, als die Bundesregierung mit allen Kräften gegen eine vorzeitige Einberufung des neuen Bundeskongresses mit seinem ausgeprägten demokratischen Machtzuwachs ist.

Inzwischen wird von Arkansas und anderen von der Dürre heimgesuchten Agrargebieten über trostloses Elend berichtet. 2/3 der halb verhungerten Bevölkerung auf dem Lande lebt ausschliesslich von der mageren Hilfe des Roten Kreuzes, dessen Geldmittel sich täglich mehr erschöpfen. Grosse Viehbestände sind an Futtermangel eingegangen. Die Krankheitsziffer zeigt eine grosse Zunahme. Gewaltsakte können nach allgemeinem Urteil nur durch die Ausgabe täglicher Nahrungsrationen vermieden werden.

SPD, Paris, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Das "Echo de Paris", das sich als das amtliche Organ der Tardieu-Renaud-Mehrheit aufspielt, bezeichnet am Sonnabend den aussenpolitischen Teil der Programmklärung Lavals als "verwaschen und unbefriedigend". Trotzdem ist gerade hier die Hand Tardieus nicht zu verkennen. In seiner letzten aussenpolitischen Rede hat Briand noch erklärt, dass das System der Sonderbündnisse nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. In der Regierungserklärung aber wird betont, dass man "die Bunde mit den befreundeten Nationen nicht vergessen wolle".

Die Bündnispolitik Frankreichs dürfe noch in diesem Jahre zum Gegenstand allgemeinen Interesses in der Welt werden, weil in diesem Jahre der Vertrag mit Polen abläuft, Frankreich wird bei dieser Gelegenheit zu zeigen haben, wie weit es wirklich von dem europäischen Gemeinschaftsgedanken, vom Ideal des Völkerbundes und der Gleichberechtigung aller Nationen beseelt ist.

SPD, Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett begann am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz). Die Beratungen werden in der nächsten Woche fortgesetzt.

SPD, Wien, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend wurde auf den Schnellzug, der um 11 Uhr nachts von Wien nach Passau abgeht, ein Attentat verübt, das nur infolge der Geistesgegenwart des Lokomotivführers ohne Folgen für die Insassen des Zuges blieb.

In der Nähe der Station Anzbach hatten bisher unbekannte Täter einen 16 kg schweren Schraubstock auf das Geleise geschraubt und eine etwa 90 cm lange Eisenbahnschiene über die Schienen mit Stricken befestigt. Als die Lokomotive auf das Hindernis auffuhr, entgleiste die vordere Achse. In wenigen

Sekunden gelang es dem Lokomotivführer jedoch den Zug zum Stehen zu bringen. An der gleichen Stelle wurde bereits in der Sylvesternacht ein verbrecherischer Anschlag auf einen Zug verübt. Damals hatten die Täter zahlreiche Schraubenentfernt bzw. gelockert. Man glaubt, dass der oder die Täter jeweils die Entgleisung eines Zuges herbeiführen wollten, um die Insassen zu berauben.

Ein Lastauto, das in der Nacht zum Sonnabend die Wiener Grenze passierte, wird mit dem Attentat in Zusammenhang gebracht. Spuren dieses Automobils wurden an der Attentatsstelle gefunden.

SPD. Aus den neuesten amtlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands ergibt sich, dass die Einfuhr alkoholischer Getränke nach Deutschland im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahre einen ganz erheblichen Rückgang aufzuweisen hat. So ist Wein zur Herstellung von Weinbrand von 171 728 dz auf rund 30 000 dz heruntergegangen; der Wert der Einfuhr ist auf ein Fünftel des Vorjahresbetrages gesunken. Bemerkenswert ist weiter der starke Rückgang der Weineinfuhr zur Herstellung von Schaumwein. Hier ist eine Verminderung dem Werte nach auf ein Sechstel, der Menge nach auf etwas weniger als ein Viertel eingetreten. Auch die Einfuhr von ausländischen Konsumweinen im Fass (also der Tisch- und Dessertwein) weist einen starken Rückgang auf, und zwar der Menge nach von rund 820 000 auf 650 000 dz und dem Werte nach von 43 auf 29 Millionen. Im Gegensatz dazu ist die Ausfuhr deutscher Weine gestiegen, und zwar von rund 20 000 auf 27 000 dz. Der Wert der deutschen Weinausfuhr betrug rund 3,5 Millionen gegen rund 3,1 Millionen im Vorjahre.

Interessant ist, dass die Zollposition "Branntwein aller Art" gleichfalls eine stark verminderte Einfuhr aufweist, und zwar besonders für Rum und Arrak sowie für Sprit und Brennspiritus. Dem Werte nach stellte sich der Rückgang der Einfuhr für Branntwein aller Art auf 2,6 Millionen gegenüber 6,1 Millionen im Vorjahre.

SPD. Genf, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes fand am Sonnabend über den Bericht der Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit eine grosse Aussprache statt. Die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmergruppen in den Fragen der Lohnhöhe und der Arbeitszeit stiessen mit voller Wucht aufeinander. Zum Schluss gelang es Albert Thomas, den von der Kommission ausgearbeiteten Bericht mit einigen Ergänzungen zur Annahme zu bringen.

Die Frage der Arbeitslosigkeit wurde auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung im April gesetzt. Bis dahin soll der Direktor u.a. ein Memorandum vorlegen, das für die Europakonferenz die speziell europäischen Aufgaben zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit enthält.

SPD. Rom, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die von der italienischen Regierung kontrollierte Petroleum-Gesellschaft hat nach langen Bemühungen in der Nähe von Parma an den Abhängen des Appennins Petroleum gefunden. Aus einem Bohrturm schoss am Sonnabend aus einer Tiefe von 300 m zum ersten Male auf italienischem Boden eine Petroleumquelle hervor, die als sehr ergiebig bezeichnet wird. Man muss zunächst jedoch die weiteren Erfolge abwarten.

SPD. Duisburg, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen, die am Sonnabend unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Jarres zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zwecks Vermeidung der Stilllegung des Stahlwerks in Duisburg-Ruhrort geführt wurden, verliefen wiederum ergebnislos.

Die Gewerkschaften aller Richtungen lehnten den Lohnabbau-Vorschlag der Direktion der Stahlwerke ab. Der Bezirksführer der Metallarbeiter Wolff begründete die Ablehnung u.a. damit, dass die Annahme des Vorschlages durch die Gewerkschaften eine ausserordentlich gefährliche Durchlöcherung des Tarifwesens bedeute und die erwartete Erleichterung für die Werke nicht bringe. Die Ersparnisse, die bis im Oktober 3 Millionen Mark betragen, fielen, gemessen an den Dividenden, kaum ins Gewicht. Wolff schlug vor, die Mehrarbeit über 48 Stunden abzuschaffen, um so durch Vermeidung der Mehrlohnzuschläge (25 %) Ersparnisse zu erzielen. Die Direktion der Stahlwerke lehnte diesen Vorschlag ab.

Oberbürgermeisters Jarres schlug vor, dass die Werke auf der Grundlage ihres Vorschlages in Zukunft nicht nur 4200 Arbeiter, sondern die gesamte Belegschaft weiter beschäftigen. Die Belegschaft wird am Sonntag zu diesem Vorschlag Stellung nehmen. Falls sich die Möglichkeit einer Verständigung ergibt, sollen die Verhandlungen am Dienstag vormittag weitergeführt werden.

Die Hütte Duisburg-Meiderich hat am Sonnabend allen Angestellten gekündigt. Von dieser Massnahme werden 600 Angestellte betroffen.

SPD. Sofia, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Kriegsminister Bakardjiew ist am Sonnabend zurückgetreten. Er wurde durch den General Kisow ersetzt.

Der Rücktritt des Kriegsministers erfolgte in Verbindung mit der im Herbst des vergangenen Jahres aufgedeckten "Spionage"-Affäre, an der zahlreiche höhere Offiziere, darunter mehrere Generalstäbler, beteiligt gewesen sein sollen. Einer der Generalstäbler verübte seinerzeit Selbstmord. Später stellte sich jedoch die Unschuld sämtlicher Offiziere heraus.

SPD. Smyrna, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen die Aufständischen von Menemen wurden insgesamt 37 Todesurteile verhängt, von denen ein Teil bereits in den nächsten Tagen vollstreckt werden dürfte. Unter den 37 zum Tode verurteilten Anhängern des Derwisch-Ordens befinden sich vier, die nach dem türkischen Gesetz wegen ihres hohen Alters nicht mehr hingerichtet werden können. Die Todesstrafe wurde deshalb vom Gericht für jeden einzelnen in eine 24 jährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

"Aus aller Welt"

Tausend entlarvt?

Die Aussage Professor Sestini - Das "Geheimnis der Goldlegierung."

SPD. München, 31. Jan. (Eig. Drahtber.)

Der Sonnabend brachte im Goldmacher-Prozess eine neue Sensation. Die Zeugenaussage eines italienischen Professors entlarvte den Betrug des Angeklagten mindestens in einem Falle seiner zahllosen Schmelzversuche, auf die die Gier und die Borniertheit seiner nationalen Freunde in Deutschland hereingefallen ist. Daran knüpft sich aber eine zweite Ueberraschung. Die gleichen Zeugenaussagen drängten zu dem Verdacht, dass der Auftraggeber des italienischen Professors, der mit Tausend in Südtirol die Versuche prüfte, aus Blei-Gold zu machen, niemand anderes als Mussolini selbst gewesen ist.

"Spiel im Schloss".

Es handelt sich um den Professor an der Technischen Hochschule in Bergamo Dr. Sestini, der als Vertrauensmann und Beauftragter einer hohen Persönlichkeit der italienischen Regierung, die zu nennen ihm durch Schweigebot untersagt ist, Herrn Tausend auf seinem Schloss Paschbach in Südtirol aufsuchte. Als chemischer Sachverständiger erhielt er von jener nicht genannten Stelle den Auftrag, sich über den Wert der Erfindung Tausends zu erkundigen, nachdem Tausend sein Verfahren dieser gleichen italienischen Stelle zum Kauf angeboten hatte. Wortreich und mit lebhaften Gebärden berichtete der Zeuge über seinen Besuch im Südtiroler Schloss.

"Blei nix Gold"

Aufmerksam hatte er dem Vortrag Tausends gelauscht und seine Manipulationen verfolgt. Zuerst machte Tausend einen Ausschmelzungsversuch, wie er jedem Chemiker bekannt ist. Als ihm dann Tausend ein Stück Blei entgegenhielt, und erklärte, diesem Blei fehle nur noch das Mineralwasser und sobald man solches hinzufüge, werde das Blei zu Gold, da machte der Professor lebhaftes Einwände geltend: "Blei bleibt Blei und wird nix Gold!" - ergänzte er in gebrochenem Deutsch die Uebersetzung der Dolmetscherin. Dann bemerkte er aber, wie Tausend ein Stück Blei vom Tisch nahm, um es in den Schmelztiegel zu werfen. Während Tausend dieses Stück zwischen Daumen und Zeigefinger hielt, hatte er unter den zu einer halben Faust geschlossenen übrigen drei Fingern ein anderes Stück Metall, das zweifellos in den Schmelztiegel gewandert wäre, wenn der argwöhnische Professor nicht rechtzeitig dazwischen gefahren wäre.

Ueber Anstand lässt sich streiten.

Dieses zweite Metallstück entpuppte sich dann als eine Goldlegierung. Der Professor nahm von diesem Stück etwa ein Drittel an sich und schmolz, wie er versicherte, später daraus mehr Gold heraus als Tausend aus den übrigen zwei Dritteln und dem im Schmelztiegel brodelnden Urmaterial zusammen. In seiner Entrüstung über diesen Taschenspielertrick scheint der Professor sehr lebhaft geworden zu sein. Auf den Lärm hin kam aus einem anderen Zimmer ein italienischer Major, der sich gerade auf dem Schloss befand, hereingestürzt und sagte zu dem schimpfenden Professor in vorwurfsvollem Tone: "Herr Professor, Sie befinden sich im Hause eines anständigen Menschen."

Mussolinis Excellenz.

Tausend und sein Verteidiger setzten alle Hebel in Bewegung, diesen höchst unbequemen Zeugen zu entwerten. Sie hatten dazu einen zweiten "Zeugen aus Bozen" kommen lassen, den dortigen Rechtsbeistand Tausends, den Rechtsanwalt Ritz. Dieser hatte die Verhandlungen und Versuche auf Schloss Paschbach als Dolmet-

scher mitgemacht. Er konnte aber die Beschuldigungen des Professors nicht entkräften, da er gerade in dem Augenblick, auf den es ankam, nicht im Laboratorium anwesend war. Auch der Versuch, die Glaubwürdigkeit des Italieners durch Anzweiflung seines Schweigebotes herabzumindern, misslang. Tausend selbst nannte dann den Namen der hohen Regierungsperson, mit der er über den Verkauf seiner Erfindung verhandelt hatte: Excellenz Bisi. Dieser soll dem Duce Musolini sehr nahe stehen.

"Lüge!" Lüge?

Der Gerichtsvorsitzende verlas hierauf die Abschrift eines Briefes Tausends ohne Nennung des Adressaten. Vermutlich ist dieser jene eben genannte Excellenz. In diesem Schreiben bietet Tausend in aller Form sein Verfahren den Italienern an und schreibt, dass die Erfindung in der Hand des Adressaten sicherlich zum Segen des Volkes werden würde. Beim Verlesen dieser Briefstelle machte der Staatsanwalt noch besonders die Feststellung, dass es sich hierbei nicht um das deutsche Volk handelt. Unter der Wucht der Anschuldigungen des Professors wusste Tausend sich schliesslich nicht mehr anders zu helfen, als dass er in den Saal rief: "Alles, was der Zeuge gesagt hat, ist Lüge!"

Kein § 51!

Das Gericht nahm schliesslich noch das Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen, Professor Boström, entgegen. Demzufolge wird Tausend als geistig guter Durchschnitt bezeichnet, bei dem keinerlei Anhaltspunkte für eine Geisteserkrankung vorhanden seien. Tausends Vater war ein sehr gesuchter Heilkundiger. Vielleicht hat Tausend von ihm die Sucht zum Geheimnisvollen und Abwegigen. Er beschäftigte sich schon früh mit Erfindungen und mit allerlei okkulten Dingen. Die Anwendung des § 51 Reichsstrafgesetzbuch kommt nach dem Befund des Sachverständigen für Tausend jedenfalls nicht in Frage.

Am Montag wird das Gericht die Gutachten der chemischen Sachverständigen hören.

+ + +

Verwirrung der Mördergefühle.

Blitzphotos vom Lieschen Neumann-Prozess im Berliner Kriminalgericht -
Das "Milieu".

SPD. Zwischen den vielen Zeugenaussagen im Moabiter Mordprozess ein Spaziergang ins "Milieu".

Die Drontheimer Strasse, in der der ermordete Uhrmacher wohnte, ist typischer Berliner Norden. Eine der äusseren Strassen des Weddings, die diesen Stadtteil mit dem früheren Vorort Reinickendorf verbindet. Die grossen Fabrikgebäude der AEG beherrschen die Strasse und werfen einen unsichtbaren Schatten über Häuser und Menschen. Die kargen Auslagen der kleinen Geschäfte enthalten nur das Notwendigste, als müssten sie von vornherein jeden Luxus und Ueberfluss von sich weisen. Die Kinder auf der Strasse haben blasse und verhungerte Gesichter, denn es sind die Kinder der Arbeitslosen. Die Umwelt formt ihre Menschen; dieser Satz wird hier erschütternde Wirklichkeit.

Der Laden des ermordeten Uhrmachers Ulbrich liegt gleich in den ersten Häusern der Strasse. Aber nur die Firma=Inscription "Uhren=Reparatur=Werkstatt" ist von ihm übriggeblieben. Jetzt stehen anstatt der Uhren Blumen im Fenster, steifgebügelte Oberhemden liegen daneben und hinter den weissen Vorhängen des Schaufensters sieht man Plätterinnen bei der Arbeit. Finster und düster ist der Hausflur. Ueberall bröckelt die Farbe des einfachen Anstrichs von den Wänden, grosse weisse Flecke sind entstanden und jedes Ding ist tausendmal abgegriffen, abgetreten und vernutzt, als wolle sich das Haus der Armut der Menschen anpassen, die in seinen Kammern und Stuben wohnen. Keiner weiss vom andern. Auch Ulbrich soll zurückgezogen und beinahe unsichtbar sein verschrobenes Dasein

geführt haben. Nur, dass immer junge Mädels bei ihm aus und ein gingen, hat die Hausleute gewundert. Menschen der Mietskasernen - Jeder hat mit sich selber zu tun. Da gibt es höchstens ein bisschen Klatsch der Frauen untereinander, aber die Männer gehen und kommen mit verschlossenen Gesichtern - von der Arbeit oder vom Stempeln.

Wenn man in diesen Häusern treppauf, treppab läuft, immer wieder dieselben bedrückenden beklemmenden Eindrücke, mitnehmend, die hundertfachen Variationen der Not und des Elends beobachtend, versteht man, wie leicht in diesen Kasernen, in deren Wohnungen die Menschen zusammengepfercht hausen, aus denen die nackte Armut grinst, in denen man sich oft nur notdürftig sattisst, - wie hier in jungen Menschen Entschlüsse und Pläne keimen und reifen können, deren letzte Auswirkung das Verbrechen wird. Schuldig-unschuldige Opfer ihrer Umwelt - die Drei die den Sonderling Ulbrich umbrachten, von dem man nur wusste, dass er nebenan in der kleinen Warenhandlung stets nur Früchte und Kekse für seine Mädchen kaufte, - Langsam geht der Nachmittag vorüber. Die Strasse wird dunkel. Die Türen der kleinen Geschäfte klappen auf und zu. Frauen kommen mit Beuteln am Arm und erledigen ihre mageren Einkäufe. In den Stuben brennt hin und wieder Petroleum - es muss gespart werden. Im Halbdunkel liegt der Hausflur, lauernd-spärlich leuchten die Lampen auf den Treppen - ein Kind weint - irgendwo poltern Flüche - ein altes Grammophon rasselt: Berlin Norden, Drontheimer Strasse - Welt der kühlen Armut: Lieschen Neumanns Milieu.... P.

+

Die Sonnabend-Verhandlung brachte eine Fülle interessanter psychologischer Details, viele bunte Steinchen im grossen Mosaik der Tragödie. In diesem Prozess, wo alles so verworren und das Meiste so rätselhaft ist, bemüht sich jeder der Angeklagten mit zäher Verbissenheit, so viel für sich aus jeder einzelnen Situation heraus zu holen, wie das nur möglich ist. Die Folge der stets wachen Intelligenz von Lieschen Neumann und Richard Stolpe - Benziger, den ohnedies kein übermässig hartes Urteil erwartet, verhält sich mehr passiv - ist, dass die Verhandlung nur ziemlich langsam fortschreitet, obschon der Vorsitzende die Zügel fest, aber stets höflich in der Hand hält.

Dieser Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmitz, hat keinen leichten Stand vor der Anklagebank sitzen drei recht zähe Verteidiger, von denen der eine, Rechtsanwalt Mendel, der Vertreter Stolpes, kaum eine Gelegenheit zur Obstruktion vorübergehen lässt. Einmal musste sogar ein kleines Stück der Verhandlung wiederholt und eine Zeugin zweimal aufgerufen werden, weil Dr. Mendel sich darüber beschwerte, dass der erste Aufruf der betreffenden Zeugin in seiner Abwesenheit geschehen war. Allerdings hätte dieses kleine prozessuale Vergehen einen Revisionsgrund darstellen können...

+

Stolpe hatte am Sonnabend gute Zeugenaussagen. Dass bereits ein im Jahre 1918 verstorbener Bruder von ihm im Jahre 1914 wegen eines Raubüberfalles zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, wird ihn im übrigen vermutlich eher als "familiär belastet", als allgemein belastend angerechnet werden. Tatsächlich herrschen ja in der Familie Stolpe ganz eigenartige Verhältnisse. An seiner verstorbenen Mutter hängt Richard, wie alle bekunden, mit grösster Liebe; auch aus der jetzigen Haft heraus äusserte er keinen anderen Wunsch, als den, nochmals ihr Grab besuchen zu dürfen. Mit dem Vater steht er auf gespanntem Fuss. Man kann das verstehen, wenn man an einem Prozess vor einigen Wochen im Amtsgericht Pankow denkt. Vater Stolpe hat seinen Sohn angezeigt, weil der ihm den Mantel stahl, den er auf die Flucht nach Pommern mitnahm. In dem jetzigen Prozess bekam man den Vater nur einen Augenblick lang zu sehen. Er machte alles andere als einen sympathischen Eindruck. Was wichtiger ist: er verweigerte die Aussage und ging, ohne seinen Jungen nur einen Moment lang anzusehen, vergnügt lächelnd nach Hause. Dann wieder die Schwester: sie sagt aussergewöhnlich günstig für ihren Bruder aus; er sei ein sehr gutmütiges Kind gewesen, hätte seine Mutter stets mit einem Teil des geringen Geldes, das

er verdiente oder an Arbeitslosenunterstützung bezog, unterstützt. Am Ende ihrer Aussage ist die Schwester Stolpes, die, wie sie einmal weinend sagt, ihren Richard "wiederhaben" will, tiefunglücklich, weil sie ihm aufgrund der bestehenden Prozessvorschriften die paar Apfelsinen, die sie ihm in den Verhandlungsaal mitgebracht hat, nicht überreichen darf.

+

Stolpe selbst hat sich am Sonnabend morgen, und zwar im nichtöffentlichen Teil der Verhandlung, einmal sehr verheddert. Es war von den geschlechtlichen Beziehungen zwischen Lieschen Neumann und Ulbrich die Rede. Stolpe sagte, dass Lieschen ihm versprochen habe, am Mordabend sich mit Ulbrich nicht intim einzulassen; sie solle zugesagt haben, den Uhrmacher auf den nächsten Morgen damit zu verträsten. Vors.: "Und dann?" Stolpe: "Wir sagten uns: das geht doch nicht. Vors.: "Warum?" Stolpe: "Weil der Mann dann ja nicht mehr ist". Fahrlässiger hat sich vielleicht noch nie ein bewusster Mörder verraten...

Der kleine Benziger ist schlauer, er spricht fast nie. Aber ist er wirklich schlauer? Vielleicht ist er auch bloß feige. Wie er den pommerschen Polizeibeamten gegenüber gestellt wird, die ihn bei der Verhaftung so sehr misshandelt haben sollen, erklärt er plötzlich: "Ich habe nichts zu sagen". Erst nachdem ihn der Vorsitzende eindringlichst aufgefordert hat, nicht so ängstlich zu sein, bekennt er Farbe - während die Herren Polizeiwachtmeister aus Schievelbeir sie verlieren. Aber der Staatsanwalt rettet die Herren.

Einmal "wirken die Angeklagten zusammen" nur ein einziges Mal. Wie der eigentliche Mordvorgang rekonstruiert wird. Interessant ist, dass sich kein Wachtmeister findet, der den Uhrmacher Ulbrich darstellen will. Schliesslich wirkt ein Sachverständiger in dem grausamen "Spiel" mit, dessen Beginn übrigens recht lange auf sich warten lässt, da auch die Angeklagten erst nach gutem Zureden zur "Wiederholung" des Mordes bereit sind.

+

Und immer wieder fallen Lichter auf das Bild der oft schon wieder lächelnden Lieschen Neumann, dessen seltsame Existenz nie mehr aus den Büchern der Psychologen verschwinden wird. Ist sie gut? Ist sie böse? Ausserordentlich günstig sagt die Lehrerin aus. Lieschen sei ein sehr artiges und vor allem liebesbedürftiges Kind gewesen. Als sie sie jetzt im Gefängnis besucht habe, habe sie sich fast an jedes freundliche Wort, das ihr die Lehrerin gegeben hatte, erinnert selbst an eine Blume, die sie ihr einmal geschenkt hätte. "Lieschen war immer gut, immer freigebig, übrigens stets recht infantil" - die Lehrerin sagt, sie könne sich die Tat überhaupt nicht erklären. Sie mache sich selbst Vorwürfe, sagt sie noch, dass sie sich nicht mehr um Lieschen gekümmert habe. Der Vorsitzende fragt nach dem Grund der Vorwürfe. Mit rührender Sentimentalität zitiert da die Lehrerin das Wort eines Gefangenen, das sie einmal las: "Gefallen seid Ihr? Ja und Nein. /Das Wort ist interessant/ Wie kann man denn gefallen sein, wenn man niemals stand?" Und dann folgt die Erklärung: "Lieschen stand nie. Man hätte ihr die Hand geben müssen. Dass ich das nicht tat, daher rührt mein Schuldbewusstsein." Das Tribunal wird zur Theaterszene. Der halbe Gerichtssaal weint...

Zum Schluss spricht die Lehrerin wieder von Lieschens "Milieu". Einmal waren die Kinder drei Tage am Werbellin See. Als die Lehrerin sie fragte, was am meisten Eindruck auf sie gemacht habe, da erwartete sie die Antwort: das Schwimmen und die frische Luft. Statt dessen musste sie hören: "das wir jede ein Bett für uns hatten!"

Wie schwer ist es, hier zu richten!

Ego.

+

+

+

Lob des deutschen Flugwesens. Am Vorabend des Abfluges des deutschen Riesenflugzeuges Do X nach Südamerika hat der bekannte französische Flugzeugkonstrukteur Bourget vor der Geographischen Gesellschaft in Paris einen Vortrag gehalten, in dem er die Leistungen des deutschen Flugzeugbaus besonders hervorhob. Kein Land der Erde besitze einen Luftriesen wie "Do X". Obwohl die Leistungsfähigkeit "Do X" noch umstritten sei, stelle er doch ein Resultat dar, das aus unermüdlicher Denk- und Laboratoriumsarbeit entstanden sei. Deutschland bilde die ersten Piloten der Welt heran, und interessiere seine Jugend am Fliegen selbst, sei es mittels ausreichender Flugzeug- oder anderer kleiner Apparate. In Frankreich dagegen fehle die grosszügige Forschungsarbeit, fehle jede grundlegende Schulung und der Staat tue nicht das Geringste, um auf diesem zukunfts wichtigen Gebiet die Konkurrenz mit anderen Ländern aufnehmen zu können.

+ + +
Der Chemnitzer Frauenmord. Zu dem Frauenmord in Chemnitz wird ergänzend mitgeteilt, dass im Zentrum der Stadt ein Sack gefunden wurde, der einen weiblichen Leichnam ohne Kopf enthielt. Es ist der Rumpf der Ermordeten, deren Kopf am Freitag Nachmittag in einem Hausflur gefunden wurde. Wer die Ermordete ist, ist noch unbekannt. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

+ + +
Eine blutdürstige Stiefmutter. In Tau (Dalmatien) spielte sich kürzlich im Hause des Marino Buble eine furchtbare Familientragödie ab. Buble hatte vor vier Jahren als Witwer mit drei Kindern eine junge Frau geheiratet. Die Ehe gestaltete sich zu einer wahren Hölle, da die Frau ihre Stiefkinder hasste und fortwährend quälte. Vor kurzem misshandelte sie nun ihren 11 jährigen Stiefsohn, wogegen sich der Mann energisch wehrte. Es kam zu einer blutigen "Schlacht", in deren Verlauf die Frau das Kind durch vier Stichwunden mit einem Küchenmesser tötete. Zur Durchführung ihrer Absicht, auch ein zweites Kind umzubringen, kam sie nicht. Wohl aber trug der Mann zwanzig schwere Stichwunden davon. Die Frau wurde verhaftet.

+ + +
Die Tote nicht die Tochter? Im Irrenhaus Esquermes bei Lille, das in der letzten Zeit durch seine merkwürdigen Behandlungsmethoden viel von sich reden machte, ist es neuerdings zu einem schweren öffentlichen Aergernis gekommen. Ein Bauernpaar, das vor fünf Jahren seine idiotische Tochter dort untergebracht und in der Zwischenzeit wiederholt besucht hatte, wurde plötzlich benachrichtigt, dass die Tochter schwer erkrankt sei. Als die Eltern ankamen, war das Mädchen tot. Vor die Leiche gebracht, erklärten die Eltern auf das Bestimmteste, dass die vor ihnen liegende Leiche, die vollkommen abgezehrt und über und über mit Geschwüren bedeckt war, nicht die ihrer Tochter sei. Aber trotz der Proteste der Eltern ist die Tote von der Anstaltsleitung kurzerhand zur Beerdigung freigegeben worden.

+ + +
Der jüngste Raucher der Welt. Der jüngste Raucher der Welt ist der drei Jahre alte Scipio Africanus Bilah aus Fort Scott in Kanada. Nach den Aussagen seiner Mutter begann er zu rauchen als er gehen lernte. Der Junge befindet sich in einem ausgezeichneten Gesundheitszustand. Er raucht täglich eine Zigarre oder einige Zigaretten.

+ + +
Gemäldediebstahl in Frankfurt/Main. Bei einem Einbruch in die im Frankfurter Stadtteil Sindtlingen gelegene Villa des Generaldirektors Dr. Caspar erbeuteten die Täter mehrere wertvolle Oelgemälde, u.a. von Tenier und Spitzweg, im nominellen Gesamtwert von 45 000 Mark.



Der Textilkampf in England.

Lancashires Arbeitsnot.

SPD. Der Arbeitskonflikt in Lancashire wird aller Wahrscheinlichkeit nach infolge des Scheiterns der Verhandlungen und der bisherigen fruchtlosen Vermittlungsversuche der Regierung nunmehr grösseren Umfang annehmen. Werden in den kommenden Wochen auch die Spinnereiarbeiter in den Konflikt hineingezogen, dann besteht die Gefahr, dass die ganze Textilindustrie von Lancashire zum Stillstand kommt. Damit würde in den britischen Haupttextilzentren fast eine halbe Million Arbeiter beschäftigungslos.

Die englische Wirtschaft ist zur Stunde mehr denn je mit Explosivstoff angefüllt. Im Bergbau konnte der 14tägige Streik in dem grössten Kohlendistrikt Englands, in Süd-Wales, nur mit Mühe und Not beigelegt und ein Uebergreifen des Konflikts auf die übrigen Zechenbezirke gerade noch im letzten Augenblick verhindert werden. Bei den englischen Eisenbahnen, die sich sämtlich in privater Hand befinden, rücken in den letzten Wochen infolge neuer Forderungen der Unternehmer, die auf Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung hinzielen, die kommenden Konflikte immer näher. Der grösste Unruheherd aber ist auch jetzt, wie schon seit Jahren, die Hochburg der britischen Textilindustrie, Lancashire.

Lancashire ist das bedeutendste Textilzentrum der Welt, in dem rund 500 000 Arbeiter in fast 2000 Betrieben beschäftigt sind. Von den rund 3 Millionen Webmaschinen in der Welt sind in dem Textilbezirk von Lancashire rund 800 000 Webstühle, also weit mehr als 25 %, konzentriert. Dieses riesige Textilzentrum ist seit Jahren eine Hauptverlustquelle der englischen Volkswirtschaft; denn die durch den Weltkrieg eingetretenen wirtschaftlichen Umwälzungen haben keine Industrie derart revolutioniert wie die Baumwollindustrie. Auf der einen Seite steht eine gewaltige Ausdehnung der Produktion in allen Teilen der Welt, ganz besonders in Ostasien und Amerika, auf der anderen Seite der Ausfall der grossen Verbrauchszentren China, Indien und Russland für den europäischen Textilexport. Von der Lahmlegung der europäischen Baumwoll-
exporte nach den überseeischen Ländern und nach Sowjetrussland ist aber England besonders schwer betroffen worden, weil, abgesehen von den wirtschaftlichen Umwälzungen, die politischen Unruhen in Indien und China ihre Spitze ausschliesslich gegen England richten und auch der russische Markt jahrelang für Lancashire infolge des gespannten englisch-russischen Verhältnisses unerreichbar war.

In seiner Blütezeit kurz vor dem Kriege exportierte Lancashire im Jahre 1913 rund 700 Millionen Yards Baumwollstückwaren (ein Yard = 91 cm). Schon in den Jahren 1922-1927 schrumpften die jährlichen Durchschnittsexporte auf 400 Millionen Yards zusammen. Allein im letzten Jahre entfiel von dem Rückgang der englischen Ausfuhr, der über drei Milliarden Mark betragen hat, rund ein Drittel, also eine Milliarde Mark Exportverlust auf die Baumwollindustrie von Lancashire. Diese katastrophale Entwicklung, die seit acht Jahren anhält, hat zusammen mit den durch die allgemeine Arbeitslosigkeit in England bedingten Kaufkraftverlusten die Erwerbslosigkeit in diesem ehemals so blühenden Industriezentrum ins Ungemessene gesteigert.

Obwohl die britischen Textilunternehmer, die in den letzten Jahren eine besonders ausgeprägte Scheu vor systematischer Rationalisierung zeigten, an dem Niedergang der Industrie mit die Hauptschuld tragen, sehen sie das einzige

Mittel zur Krisenbekämpfung in einem Angriff auf die Löhne der Textilarbeiter. Der grösste Arbeitskampf, der seit dem heroischen Bergarbeiterstreik von 1926 in England durchgeführt wurde, fand im August 1929 in Lancashire statt. Zur Abwehr der 12½prozentigen Lohnabbauforderungen der Unternehmer traten damals 500 000 Textilarbeiter in einen drei Wochen dauernden Streik. Um die Schwere der damaligen Unternehmerforderungen zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass der Wochenlohn der männlichen Arbeiter von 47 auf 41 Schilling (1 sh. = 1 Mark) und der Wochenlohn der Arbeiterinnen von 33 auf 29 sh. die Woche gedrosselt werden sollte. Durch den damaligen Arbeitskampf gingen rund 80 Millionen Arbeitsstunden verloren, während sich die Lohnverluste der Textilarbeiter auf 65 Millionen Mark stellten. Das Ergebnis dieses Kampfes war, dass durch Eingreifen der Regierung die brutalen Unternehmerforderungen zwar nicht erfüllt, immerhin aber ein Lohnabbau um sechs Prozent festgelegt wurde.

Seit zwei Wochen steht Lancashire nun wieder im Zeichen schwerer Arbeitskämpfe. Der jetzige Konflikt ruft die Erinnerung an die tragischen Zeiten wach, wo die ihrer Existenz beraubten Handweber Ende des 18. und anfangs des 19. Jahrhunderts zum Sturm auf die Maschinen stritten. Wohl sind bei der jetzigen Auseinandersetzung von den Baumwollarbeitern nicht die Maschinenhallen mit den modernen Webstühlen gestürmt worden, allein die Ursachen des jetzigen Kampfes in Lancashire sind die gleichen, die die schweren sozialen Unruhen im Zeitalter des Frühkapitalismus hervorgerufen haben. 150 000 Baumwollweber sind von den Unternehmern ausgesperrt worden, weil die Gewerkschaft sich gegen die Anwendung des neuen Acht-Webstuhlsystems sträubt. Das bedeutet natürlich nicht, dass sich die Baumwollweber gegen die Rationalisierung als solche sträuben, der Kernpunkt des Konflikts ist vielmehr die Lohnfrage.

Nach dem bisherigen System durfte ein Arbeiter nur vier Webstühle bedienen. Jetzt soll er nach dem von den Unternehmern geforderten Arbeitsvertrag acht bedienen. Die neuen Löhne sollen in ein Verhältnis zur Leistung im Rahmen des vorgesehenen neuen Arbeitssystems gesetzt werden, d.h. es würde zwar im Durchschnitt eine Steigerung des Wochenlohns um etwa 5 - 7 Shillinge eintreten, allein die neue Akkordliste würde nicht entfernt die Lohnverluste aufwiegen, die durch den grossen Abbau nach Einführung des neuen Arbeitssystems eintreten sollen. Eine grundlegende Forderung der Webereigewerkschaft ist bei den Verhandlungen die Festsetzung eines Mindestlohns, wovon die Unternehmer unter keinen Umständen etwas wissen wollen.

So geht der Kampf bereits seit über zwei Wochen, und es droht jetzt die Gefahr, dass die Spinnereibetriebe in Lancashire wegen der Arbeitseinstellung bei den Webereien gleichfalls ihre gesamten Betriebe stilllegen. Damit würde sich die Aussperrung im englischen Textilzentrum auf mindestens 400 000 Arbeiter erstrecken. Die Folgen wären bei der allgemeinen schweren Arbeitslosigkeit für die englische Gesamtwirtschaft unabsehbar. Daher hat die Regierung in den Konflikt eingegriffen und mit den beiden Parteien Sonderverhandlungen aufgenommen. Bis jetzt hatten sie jedoch keinen Erfolg. Gelingt es der Labourregierung nicht, den Konflikt zu schlichten, so ist das Uebergreifen der Aussperrung auf die Spinnereibetriebe und das weitere Hineinziehen von 250 000 Arbeitern in den Kampf unvermeidlich.

SPD. In der nächsten Woche werden im Buchdruckgewerbe die Tarifverhandlungen, die im Dezember zu einer kurzfristigen Verlängerung des alten Lohns tarifs bis zum 13. Februar geführt hatten, von neuem aufgenommen. Bei den Verhandlungen im Dezember spielte bereits die Frage der Arbeitszeitverkürzung eine wichtige Rolle. Die Vertreter der Gehilfen und Hilfsarbeiter haben damals unter Zustimmung der gesamten Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes der zuständigen Tarifkommission folgenden Antrag unterbreitet, wonach die wöchentliche Arbeitszeit zum Zwecke der Wiedereinstellung arbeitsloser Gehilfen

und Hilfsarbeiter vorübergehend auf 40 Stunden - auf fünf Tage - verkürzt und der sich daraus ergebende Lohnausfall unter besonderer Berücksichtigung der Minderentlohten von Unternehmern und Arbeitern getragen werden soll.

Dieser Antrag verdient heute noch grössere Beachtung als im Dezember; denn in der Zwischenzeit scheint auch die Reichsregierung zu der Erkenntnis gekommen zu sein, dass der Arbeitszeitfrage als Hilfsmassnahme zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit denn doch eine recht grosse Bedeutung zukommt. Reichskanzler Brüning hat ja erst vor 8 Tagen in seiner vor den christlichen Gewerkschaften in Köln gehaltenen Rede darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber doch möglich sein müsste, zu überlegen, wie gewisse Fragen, zum Beispiel die der Arbeitszeit, zum Ausgleich von schwerwiegenden Nachteilen der Rationalisierung elastisch von Fall zu Fall und von Gewerbe zu Gewerbe unterschiedlich beraten und gelöst werden können.

Die neuen Verhandlungen im Buchdruckgewerbe bieten eine gute Gelegenheit, dem Appell des Reichskanzlers an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerecht zu werden. Die Buchdruckereiarbeiter sind, wie aus der Formulierung ihres Antrags unzweideutig hervorgeht, im Rahmen einer durchgreifenden Arbeitszeitverkürzung bereit, zu Gunsten ihrer arbeitslosen Kollegen auf dem Lohngebiet Opfer zu bringen. Wollen sich die Unternehmer des Buchdruckgewerbes von den Arbeitern beschämen lassen? Es wird, wie man sieht, bei den neuen Verhandlungen weniger von der Arbeiterschaft als von der Einsicht der Unternehmer abhängen, ob es zu einer für beide Teile erträglichen Verständigung kommt oder nicht. Jedenfalls haben die Schlichter nunmehr wohl in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister in der von den Buchdruckergewerkschaften schon im Dezember vorgezeichneten Richtung eine wesentlich grössere Bewegungsfreiheit als im Dezember.

Zeitgemässe Vereinbarungsmöglichkeiten dürfen jetzt nicht durch einseitige Entscheidungen der staatlichen Schlichter verbaut werden, vor allem nicht in Gewerben, wo der Macht des Unternehmertums verhältnismässig starke Kräfte der Arbeiterseite gegenüberstehen. So schreibt der "Korrespondent" der freigewerkschaftlichen Buchdrucker: "Wir sind der festen Ueberzeugung, dass, wenn der Reichsarbeitsminister in Übereinstimmung mit der Reichsregierung im Sinne des Reichskanzlers nicht in einseitiger Weise den Wünschen der Unternehmer Rechnung trägt, sondern die Verantwortung den Tarifparteien selbst überlässt, die Möglichkeit einer Verständigung in der gedachten Richtung sehr wohl gegeben sein dürfte."

SPD. In den Niederlanden droht infolge der Unzulänglichkeit des Arbeitlosenschutzes ein Konflikt zwischen dem Arbeitsminister und dem Niederländischen Gewerkschaftsbund auszubrechen. In Holland geht die Arbeitlosenunterstützung über die Gewerkschaften, die zu diesem Zweck einen besonderen Arbeitlosenfonds führen. In diesen Fonds werden vom Reich und von den Gemeinden Zuschüsse gegeben. Die Gewerkschaften haben Erhöhung des Zuschusses gefordert, um ihren Verpflichtungen besser nachkommen zu können. Der Arbeitsminister will jedoch erst dann eine Erhöhung des Reichszuschusses vornehmen, wenn die Arbeitlosenunterstützungskassen der Verbände 50 % ihres Bestandes aufgebraucht haben.

Die Leistungsfähigkeit der meisten Kassen reicht im Augenblick nicht über 50 Tage hinaus. Bei einem erhöhten Reichszuschuss könnten sie 90 Tage Unterstützung zahlen. Wenn zunächst einmal 50 % des Vermögens der Kassen aufgezehrt werden sollen, dann sind sie nach der Auffassung der Gewerkschaften bis zum Ablauf der Krisenperiode pleite. Dass die Arbeiter sich dagegen wehren, ist breiflich; denn sie haben für den Wiederaufbau der Kassen nach der grossen Krise 1919/22 hohe Beiträge gezahlt.



Kommunistische Konsumvereine.

Die Zahlungseinstellung in Halle. - Schwierigkeiten auch in Gotha!

SPD. In Halle ist dem praktischen Zusammenbruch des unter kommunistischer Leitung stehenden Allgemeinen Konsumvereins Halle nun auch die offene Erklärung der Zahlungsunfähigkeit gefolgt und die rechtliche Konsequenz aus der Einstellung der Zahlungen insofern gezogen worden, als mit den Gläubigern des Konsumvereins ein Vergleich angestrebt wird. Das Drama von Halle hat kaum begonnen, da kommt aus Gotha die Meldung, dass auch der dortige unter kommunistischer Leitung stehende Bezirkskonsumverein Schwierigkeiten hat, die zwar noch nicht zu denselben Konsequenzen wie in Halle führten, aber doch zu dem traurigen Versuch, einen Teil der Schwierigkeiten zunächst auf die Arbeiter und Angestellten des Vereins abzuwälzen. Der Geschäftsführer hat dem Betriebsrat zugemutet, einen Lohnabbau bis zu 20% und einem Verzicht auf Bezahlung von 900 Ueberstunden zuzustimmen! Der Betriebsrat hat die Zumutung abgelehnt und sich mit den Gewerkschaften in Verbindung gesetzt.

Das Drama in Halle und die Schwierigkeiten in Gotha, denen vielleicht bald weitere in den übrigen kommunistisch geleiteten mitteldeutschen Konsumvereinen folgen können, enthüllen die tragischen Gefahren für die Arbeiterschaft, Konsumvereine unter Missachtung der gesetzlichen und satzungsmässigen Vorschriften zu kommunistischen Wirtschaftsbetrieben nach russischem Vorbild auszubauen. Die Arbeiterschaft muss aus den Vorgängen für alle Zeiten die Erkenntnis gewinnen, dass die Verfolgung politischer Zwecke und die Missachtung gesetzlicher Vorschriften und kaufmännischer Notwendigkeiten zwangsläufig zur Auflösung und zur Gefährdung allerwichtigster Lebensinteressen der Arbeiterschaft führen muss; ganz abgesehen von der Gefahr, dass auf Grund des § 81 des Genossenschaftsgesetzes die staatlichen Aufsichtsbehörden gegen solche Vereine einschreiten.

Nun hat die kommunistische Presse - das war nicht anders zu erwarten - den Versuch unternommen, die Verantwortung für den Zusammenbruch in Halle von sich abzuwälzen und der Zentralverband deutscher Konsumvereine damit zu belasten. Es ist sicher, dass die kommunistische Presse in späteren Fällen ebenso verfahren wird. Nach der berechtigten Auffassung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat sich aber der Allgemeine Konsumverein Halle unter der kommunistischen Leitung durch die offene Verfolgung politischer Zwecke ausserhalb der Gesetze und damit zugleich der Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und seiner Organisationen gestellt. Die zwangsläufige Folge des gesetzwidrigen Verhaltens der Halleschen Konsumvereinsleitung war der Ausschluss aus dem Mitteldeutschen Revisionsverband und aus dem Zentralverband deutscher Konsumvereine im Frühjahr 1930. Eine selbstverständliche Begleiterscheinung dieser Ausschlüsse war, dass die Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG) als der zentrale Einkaufsverband der auf dem Boden des Gesetzes und der Satzungen stehenden Konsumvereine, die Belieferung des Halleschen Vereins einstellte. Die GEG stand seit diesem Zeitpunkt mit dem Halleschen Verein in keinen Rechtsbeziehungen mehr, insbesondere hatte sie auch selbst, im Gegensatz zu den von der kommunistischen Presse aufgestellten Behauptungen, keinerlei Forderung mehr an den Verein.

Das gilt auch für die Hypothekenforderung von 400 000 Mark, deren Kündigung zu den Schwierigkeiten in Halle beitrug. Inhaber dieser Hypothekenforderung ist nämlich die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, und zwar für ein dem Halleschen Verein vor Jahren gegebenes Darlehn. Bei dieser Pensionskasse handelt es sich um eine Einrichtung, die von den Arbeitern und Angestellten der genossenschaftlichen Betriebe in der Art eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit getragen wird und deren eingezahlte Gelder zur Auszahlung von Witwen- und Waisen- sowie Alters- und Invalidenrenten bestimmt sind. Diese Pensionskasse besitzt volle eigene Rechtspersönlichkeit. Die Mittel der Pensionskasse werden nicht von der GEG, sondern aus kleinen und kleinsten Beiträgen der Arbeiter und Angestellten aufgebracht. Es ist ganz selbstverständlich, dass die Verwendung der Versicherungsgelder für den vorgeschriebenen Satzungszweck unter allen Umständen garantiert werden muss.

Unmöglich geht es an, dass die Mittel der Pensionskasse der Gefahr ausgesetzt werden, durch konsumvereinsfremde, gesetzes- und satzungswidrige, politische Experimente ihrer Bestimmung verloren gehen, als Witwen-, Waisen- und Altersversicherung verwendet zu werden. Aus diesem Grunde musste die Leitung der Pensionskasse Schritte zur Beitreibung der in Halle bedrohten Hypothek unternehmen, als sich herausstellte, dass die Lage des Halleschen Konsumvereins so bedrohlich geworden war, dass schon die Behörden für ihre Steuer- und sonstigen Forderungen mit Zwangsmassnahmen vorgegangen waren und den Fuhrpark und die Maschineneinrichtungen hatten beschlagnahmen lassen. Der Vorstand der Pensionskasse hätte seine Pflicht gegenüber den versicherten Arbeitern und Angestellten aufs schwerste vernachlässigt, wenn er anders gehandelt hätte. Eine schnelle Entscheidung war auch deshalb selbstverständlich, weil der § 10 des Zwangsversteigerungsgesetzes eine genaue Reihenfolge festlegt, nach der Grundstücksrechte, wie sie eine Hypothek darstellen, zur Befriedigung gelangen können. Nach diesem Gesetz gehen nämlich die Ansprüche auf Entrichtung öffentlicher Lasten des Grundstückes aus laufenden und aus den letzten zwei Jahren rückständigen Beträgen den Rechtsansprüchen aus Hypotheken und Grundschulden voran. Die Pensionskasse musste also riskieren, dass die bei dem Halleschen Konsumverein auf dem Grundstück lastenden Steuerschulden in einem Masse anwachsen, dass die Befriedigung der Hypothekenforderung unsicher würde bzw. bei der Zwangsversteigerung schliesslich ganz oder zum Teil ausfiel, zumal Steuerrückstände aus drei Jahren vor der Hypothek rangieren.

Die kommunistische Anschuldigung ist daher nicht geeignet, auch nur ein Jota von der Verantwortung für die Misswirtschaft in Halle von der kommunistischen Leitung abzuwälzen. Tatsache ist, dass diese Misswirtschaft nicht nur die Ersparnisse und Guthaben der Halleschen Konsumvereinsmitglieder, sondern darüber hinaus auch noch die Altersersparnisse der Konsumvereinsarbeiter und angestellten auf das Schwerste gefährdet hat.

Es kann nur die Hoffnung ausgesprochen werden, dass die organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft aus den dramatischen Vorgängen in Halle die Lehre zieht, dass Konsumvereine als Einrichtungen der kämpferischen Selbsthilfe der Arbeiterklasse niemals davon absehen dürfen, in allererster Linie kaufmännische und wirtschaftliche Gesichtspunkte bei ihrer Arbeit zu beachten und dass die in der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse den Konsumvereinen zugeordnete Funktion nicht mehr erfüllt werden kann, wenn die Arbeiterkonsumvereine in erster Linie politisch beeinflusst werden, wie es leider in Mitteldeutschland mehrfach geschehen ist.

SPD. Braunschweig wird jetzt nationalsozialistisch regiert. Das hindert aber nicht, dass der Geschäftsbericht der Braunschweigischen Staatsbank für 1930 feststellen muss, dass die wachsende innerpolitische Spannung in Deutschland - veranlasst durch die Septemberwahlen - Deutschland sehr teuer zu stehen kommt. Die Reichsbank habe den Diskont, obgleich die Beschäftigung und die Wechselkredite der Wirtschaft weiter abnahmen, von 4 auf 5% erhöhen müssen, die deutschen Banken hätten von Juli bis Dezember 1,7 Milliarden Mark kurzfristige Auslandsgelder verloren; es seien beträchtliche Kreditorenrückgänge erfolgt, der Nettozuwachs der Spareinlagen sei gesunken, die Besserung des inländischen Rentenmarktes sei jäh unterbrochen worden, und auch der Zusammenbruch der Aktienkurse rede eine deutliche Sprache. Wichtig und richtig ist die Feststellung, die deutsche Währungs- und Kreditpolitik müsse dahin gehen, einen erheblichen Teil der unerwünscht hohen kurzfristigen Auslandsverschuldung von 6 bis 7 Milliarden Mark in langfristige Auslandsanleihen umzuwandeln, denn nur durch langfristiges Auslandskapital sei die grosse Kapitallücke in Deutschland ausfüllbar. Davon hänge auch die nachhaltige Senkung der inländischen Anleihezinsen ausschlaggebend ab. Für die deutsche Wirtschaft bleibe die Feststellung grundlegend, dass unsere eigene Kapitalbindung für den Wiederaufbau bis auf weiteres nicht ausreicht.

Der Umsatz der Braunschweigischen Staatsbank ist von 6,24 auf 6,08 Milliarden gesunken, der bilanzmässige Reingewinn hat sich aber von 1,45 auf 1,67 Millionen erhöht. Aus diesem Gewinn werden der Staatskasse 1,20 Millionen oder 24% des Grundkapitals von 5 Millionen Mark - das freilich ausser jedem Verhältnis zum Geschäftsumfang steht - überwiesen.

SPD. Die 6. Grüne Woche in Berlin wurde am Sonnabend vormittag feierlich eröffnet. Rund 1 500 Ehrengäste waren anwesend, als nach einer Einführung des Leiters des Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes Reichs- ernährungsminister Dr. Schiele die Grüsse der Reichsregierung übermittelte. Schiele wies besonders auf die hohe Bedeutung der Sonderschau "Produktionsumstellung und Absatzförderung" hin, nachdem gerade die in diesem Teil der Ausstellung zur Erörterung gestellten Fragen und Probleme in den letzten Tagen wieder Gegenstand der Beratungen des Reichskabinetts gewesen seien. Heute sei es notwendig, einen Gesamtplan zur Schaffung neuer und dauerhafter Grundlagen für eine solide Agrarwirtschaft aufzustellen. Schiele erklärte weiter, dass die veranstaltete landwirtschaftliche Schau eine Angriffsfanfare und ein ernsthafter Warnruf sei, der das deutsche Volk und die deutschen Städte von neuem dazu veranlasse, sich auf das Schicksal der Landwirtschaft zu besinnen. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wies darauf hin, wie sehr das Interesse auch der Stadtbevölkerung an der landwirtschaftlichen Schau der Grünen Woche von Jahr zu Jahr wachse. Die Sonderschau "Produktionsumstellung und Absatzförderung" diene der Forderung, dass der deutsche Markt heimischer Agraferzeugnissen gehören müsse. Bürgermeister Scholtz-Berlin erblickt in der ausserordentlich reichhaltigen Beschickung der Ausstellung eine Anerkennung des volkswirtschaftlichen und kulturellen Wertes dieser grossen Veranstaltung für weiteste Kreise des Volkes. Den Begrüssungsansprachen folgte ein Rundgang durch die Schau.

Im Staate Arkansas im reichen Amerika sind durch den Preissturz für Baumwolle nicht weniger als 200 000 Menschen unmittelbar vom Hunger bedroht. Vom Staat werden durchgreifende Hilfsmassnahmen verlangt.

Weizen weiter fest.

(Berliner Getreidebörse vom 31. Januar)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Sonnabend für Weizen weiter fest. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich Preisgewinne von etwa 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark bei allerdings geringfügigen Umsätzen. Im Handel mit effektiver Ware war Angebot ausreichend vorhanden. Gleichzeitig bestand aber auch gute Kauflust der Mühlen und des Handels, sodass sich auch hier die Kurse um etwa 1 Mark befestigen konnten. Dadurch wurde auch Roggen etwas mitgezogen. Das keineswegs dringende Angebot an prompter Ware fand zu meist etwas höheren Preisen Unterkunft. Am Zeitmarkt blieb der Roggenkurs dagegen unverändert. Mehl hatte sehr ruhigen Markt. Auch für Hafer war die Tendenz sehr ruhig. Die Forderungen lauteten meist unverändert.

| | 30. Jan. | 31. Jan. |
|------------------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|
| | (ab märkische Station in Mark.) | |
| Weizen | 264 $\frac{1}{2}$ - 266 $\frac{1}{2}$ | 266 - 268 |
| Roggen | 156 - 158 | 156 $\frac{1}{2}$ - 158 $\frac{1}{2}$ |
| Braugerste | 204 - 213 | 204 - 213 |
| Futter- und Industriergerste | 190 - 204 | 190 - 204 |
| Hafer | 140 - 147 | 140 - 147 |
| Weizenmehl | 30,25 - 37,50 | 30,25 - 37,50 |
| Roggenmehl | 23,50 - 26,50 | 23,60 - 26,50 |
| Weizenkleie | 11,00 - 11,25 | 11,00 - 11,25 |
| Roggenkleie | 9,50 - 10,00 | 9,50 - 10,00. |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 282 (Vortag: 281); Mai 289-288 $\frac{3}{4}$ Brief (288), Juli 291-290 $\frac{1}{2}$ (289 $\frac{1}{2}$). Roggen März 175 $\frac{1}{4}$ -175 $\frac{1}{2}$ (175 $\frac{1}{2}$), Mai 182 $\frac{1}{2}$ -182 $\frac{3}{4}$ (182 $\frac{1}{2}$), Juli 184 (184 $\frac{1}{2}$). Hafer März 155 (155), Mai 162 (162) Juli - (-).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 31. Jan.: I. 140 Mark, II. 132 Mark, III. 118 Mark je Zentner. Tendenz: befestigt.

SPD. Der Lebenshaltungsindex für den Monat Januar ist gegenüber Dezember weiter von 141,6 auf 140,4 % gesunken. Der Ernährungsindex ging um 1,0 auf 133,5, der Index für Heizung und Beleuchtung um 0,5 auf 150,4, der für Bekleidung um 2,3 auf 146,4 und der Index für den sonstigen Bedarf um 0,8 auf 187,3 Prozent zurück. Die Indexziffer für Wohnungsbedarf ist um 0,4 auf 131,8 % gestiegen.

SPD. Nach dem Dezemberbericht des Deutschen Baugewerksbundes betrug die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zum Jahresende 64,8 gegen 50 % Ende November. Im ganzen Jahre 1930 ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung des Bauvolumens um rund ein Drittel. Dieser Ausfall entspricht einem Umsatzrückgang von $2\frac{1}{4}$ bis $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark. Die Bauarbeiterschaft erlitt 1930 einen Lohnausfall von mehr als 700 Millionen Mark.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 31. Jan. 1931

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Wohlfahrts=Etats beantwortete ein Regierungsvertreter grosse Anfragen verschiedener Parteien. Er wies die in einer nationalsozialistischen Anfrage aufgestellte Behauptung zurück, dass vom Arbeitsamt Kreuznach auf deutsche Arbeitslose ein Zwang zur Annahme von Arbeitsstellen in Frankreich ausgeübt worden sei. Weiter wurde die in anderen Anfragen enthaltene Behauptung bestritten, dass die gemeinnützigen Bau=gesellschaften vor dem privaten Baugewerbe bevorzugt würden.

Abg. Frau Dr. Wunderlich (Staatspt.) besprach die grosse Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrts=Erwerbslosen. Es müsse anerkannt werden, dass die Versorgung der Erwerbslosen nicht Sache der Gemeinden, sondern des Reiches ist. Die Rednerin ersuchte den Minister, auf das Reichsarbeitsministerium da=hin einzuwirken, dass die Gründe für die Undurchführbarkeit der Arbeitsdienst=pflicht der breitesten Oeffentlichkeit mitgeteilt werden. Beim Jugendschutz dürfe nicht am falschen Platze gespart werden.

Abg. Kohrt (Wirt.Pt.) begrüsst die Bestrebungen zur Ertüchtigung der Jugend, warnte aber vor einer Uebertreibung der sportlichen Rekordjägerei, die geeignet sei, die Lehrlinge von ihrem Beruf abzuziehen. Die Wirtschaftspartei werde durch entsprechende Anträge an dem vernünftigen Ausbau der Jugend=fürsorge mitarbeiten.

Abg. Frau Ulbrich (Chr.Soz.) bezeichnete es als eine wichtige Aufgabe der Wohlfahrtspflege, die langfristig Erwerbslosen und älteren Ausgesteuerten vor der Verzweiflung zu bewahren. Die jugendlichen Ausgelernten, die nach voll=endeter Lehrzeit häufig der Arbeitslosigkeit anheimfallen, müssten dadurch vor Strasse, Rummelplatz und Verwahrlosung bewahrt werden, dass man sie zur Berufsbildung und zu einer Art freiwilligen Arbeitsdienst heranzieht. Die Wohnungsfürsorge müsse in erster Linie dem Mangel an Kleinwohnungen abhelfen. Notwendig sei eine Klarstellung der Frage, ob tatsächlich die Hausbesitzer beim Einziehen der Hauszinssteuer Zwischengewinne erzielen.

Wohlfahrtsminister Dr.Hirtsiefer äusserte sich über den Gesundheitszustand in Preussen und erklärte, dass Preussen im abgelaufenen Jahr trotz wirtschaftlicher Not von ernstesten Rückschlägen in der seit Jahren langsam sich bessernden Volksgesundheit verschont geblieben sei. Der Geburtenüberschuss weise im Jahre 1930 eine geringe Zunahme auf. Der Ausbau der Tuberkulosefürsorgestellen sei weiter gefördert worden. Die von Jahr zu Jahr zunehmende Zahl der Krebserkrankungen und ihre Todesfälle lasse es notwendig erscheinen, auch für die Krebskrankheit eine umfassende planmässige Fürsorge in die Wege zu leiten. In den letzten Jahren seien in Preussen jährlich rund 10 000 Menschen mehr an Krebs als an Tuberkulose gestorben. Die Geschlechtskrankheiten hätten fast in sämtlichen Regierungsbezirken eine erfreuliche Abnahme gefunden. Im Jahre 1930 seien etwa 100 neue Apotheken konzessioniert worden. Der Krankenhausbau habe weitere Fortschritte gemacht. Im Jahre 1929 sei bei 29 268 Aerzten in Preussen nur noch auf rund 1 200 Einwohner ein Arzt entfallen gegenüber 2000 Einwohnern im Jahre 1912 bei 20 424 Aerzten. Rund 700 000 Kinder seien von der Kinderspeisung erfasst worden, insgesamt seien mehr als 112 Millionen Portionen durch die Kinderspeisungen im letzten Jahre verausgabt worden. Die Erholungsfürsorge für die schulentlassene werktätige Jugend werde weiter ausgebaut. Alle noch zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Fonds für Jugendpflege und Leibesübungen würden für die Betreuung erwerbsloser Jugendlicher vorwiegend verwandt. Ein Abbau von Wohlfahrtspflegern dürfe nicht erfolgen. Notwendig sei eine Aenderung des Reichs=

Jugendwohlfahrtsgesetzes im Interesse der Erweiterung der vorbeugenden Fürsorgeerziehung. Die freiwillige Erziehungshilfe sei eine wertvolle Ergänzung der Fürsorgeerziehung. Im Sommer dieses Jahres würden voraussichtlich die neuen Richtlinien für das Ausbildungswesen in der geschlossenen Erziehungsfürsorge erlassen werden. Angesichts der unerträglichen Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsausgaben sei eine grundlegende Neuregelung der Fürsorge für nichtversicherte Arbeitslose dringend erforderlich. Bei den Notstandsarbeiten hätten mangels grösserer Mittel leider nur 10 000 bis 17 000 Arbeitslose monatlich beschäftigt werden können.

Der Minister wandte sich dann dem Wohnungswesen zu und wies darauf hin, dass im Jahre 1930 rund 193 000 neue Wohnungen gegen 200 000 im Jahre 1929 fertig gestellt worden seien. Ausserdem seien am 31. Dezember 1930 noch rund 95 000 unvollendete Wohnungsbauten vorhanden gewesen. Leider werde man 1931 kaum mehr als die Hälfte der Summe für den Wohnungsneubau haben, die noch im letzten Jahr zur Verfügung stand. Um diesen wohnungspolitisch und arbeitspolitisch nicht tragbaren Rückgang der Bautätigkeit zu mildern, wüsche die Reichsregierung in starkem Umfange die Einsetzung von Zinszuschüssen aus der öffentlichen Hand. Die Bezeichnung "gemeinnützig" dürften künftig nur solche Bauunternehmungen führen, die nach den Vorschriften der Verordnung vom 2. Januar ds. Js. als gemeinnützig anerkannt seien. Bezüglich der Hypothekenzinsen wies der Minister darauf hin, dass man heute für erste Hypotheken zu etwa 8½ Prozent Gesamtkosten abschliessen könne. Sein systematisches Bestreben gehe dahin, diese Kosten nach Möglichkeit weiter herabzudrücken.

Abg. Frau Christmann (Soz.):

Die durch die Finanznot erzwungenen starken Abstriche am Wohlfahrtsetat schränken gerade die vorbeugende Fürsorge aufs bedenklichste ein. Gerade in dieser Zeit der schwersten wirtschaftlichen Depression wäre es notwendig gewesen, die Aufwendungen hierfür nicht zu verkürzen, sondern zu erhöhen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Denn Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Niedergang verstärken nicht nur die Disposition zu Infektionskrankheiten, sondern geben auch die Grundlage für neurotische und depressive Erkrankungen ab, sogar bei Kindern. Wir halten angesichts des Massenelends eine verstärkte Pflege der Volksgesundheit durch die öffentlichen Organe für notwendig. (Sehr wahr! links) Von einem Redner der Rechten ist gesagt worden, die freie Wohlfahrtspflege sei menschlich wirksamer; man könne die Menschenliebe nicht bürokratisieren. Aber schon der Hinweis auf die Erfahrungen der Vorkriegszeit beweist, dass unbeschadet der Anerkennung aller ehrlichen Bemühungen der privaten Fürsorge die öffentliche Wohlfahrtspflege die notwendigere und bessere Form der Fürsorge ist. (Sehr wahr! links) Der Präsident des Reichsgesundheitsamts hat über die gegenwärtige Gesamtlage der Volksgesundheit einen sehr zuversichtlichen Bericht verfasst. Wir schätzen diese Arbeit ungefähr ebenso ein, wie die in den Kriegsjahren üblichen Forschungsergebnisse der Wissenschaft, dass die Kohlrübe das gesündeste Nahrungsmittel sei. (Heiterkeit) Wir bedauern aufs lebhafteste die Einschränkung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge. Die Säuglingssterblichkeit ist in den ärmeren Bevölkerungskreisen noch immer doppelt so hoch wie etwa im Berliner Westen, in Teilen Schlesiens sogar viermal so hoch. Wir bedauern die Kürzung der Mittel für die Kinderspeisungen; die Folgen steigende Unterernährung machen sich bei den Kindern wachsend bemerkbar. Auch die Mittel für die schulärztliche Betreuung sind leider gekürzt; dabei hapert es damit namentlich im Osten noch sehr stark. Die Klagelieder über den Geburtenrückgang ändern und bessern garnichts. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ueberwindung der Wohnungsnot, Mutter- und gut ausgebaute Säuglingsfürsorge sind das Beste, was die tun könnten, die sich um die Volksvermehrung sorgen. Denn noch immer haben im Durchschnitt die Arbeiterfamilien mehr Kinder als die Familien der Bessersituierten.

Eine gesunde Menschenökonomie ist im Zeitalter der allgemeinen Nationalisierung durchaus angebracht: man soll nicht Kinder in Verhältnisse hineinsetzen, in denen sie nicht gesund aufwachsen können. Unseren Kampf gegen den § 218 werden wir unbeirrt fortsetzen; der § 218 trifft einseitig die Kreise, denen Arzt und Sanatorium nicht zur Verfügung stehen. Wenn selbst Ministerialdirektor Schopuhl im Ausschuss hat zugeben müssen, dass die Zahl der verbotenen Eingriffe weiter steigt, dann wäre es höchste Zeit, den § 218 zu beseitigen, um dem Kurpfuschertum auf diesem Gebiet Einhalt zu gebieten. Zu dieser Einsicht gelangt in immer weiterem Umfange auch die Aerzteschaft, wie insbesondere die Kundgebung der Berliner Aerztinnen und die Abstimmung der Hamburger Aerztekammer beweist. Wir wünschen auch den weiteren Ausbau der Ehe- und Sexualberatungsstellen, mit denen die sächsische Regierung die besten Erfahrungen gemacht hat. Wir legen den grössten Nachdruck auf das baldige Zustandekommen eines Reichs-Hebammen-Gesetzes. Wir wünschen in der Berufsschule Aufklärung der heranwachsenden Jugend über die Fragen der Hygiene, auch auf dem Sexualgebiet.

Die Ausführigen der deutschnationalen Abgeordneten Frau von Watter über Sozialismus und Marxismus hörten sich an, als ob ein Blinder von der Farbe spricht. (Heiterkeit und Zustimmung) Frau von Watter müsste sich zunächst einmal darüber klar werden, dass Ziel der Volkswohlfahrtpolitik nicht nur das Wohlergehen der Aerzte sein kann. Frau von Watter hat der Staatsregierung unterstellt, die Statistik der Todesursachen werde deshalb eingeschränkt, damit das Volk nicht erfahre, wieviel Selbstmorde infolge des Young-Plans begangen werden. Wir sind nicht schuld daran, dass der Hohenzollernstaat die ganze Welt durch törichte Reden gegen Deutschland zusammengeführt und den Weltkrieg verloren hat; nicht freiwillig, sondern gezwungen zahlen wir die Reparationen für den verlorenen Weltkrieg. Aber wenn wir nicht den Young-Plan angenommen hätten, hätte der Dawes-Plan weiterbestanden, der ja seiner Zeit von den Deutschnationalen angenommen worden ist und nach dem wir 700 - 900 Millionen mehr zu zahlen gehabt hätten. Es ist völlig unverständlich, wieso diese Mehrbelastung die Zahl der Selbstmorde hätte verkleinern können. Mit törichten Schlagworten wird man das Elend des deutschen Volkes nicht lindern, sondern nur mit ehrlicher Arbeit an der Volksgesundheit. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Fritzsche-Wormsleben (Dtn.) fordert die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht ähnlich dem Heeresdienst, als Basis der sittlichen Wiedereingliederung der Jugend. Entgegen den oberflächlichen Redensarten des Reichsarbeitsministeriums hätten die Artamanen den Beweis erbracht, dass er mit 65 Pfennig täglichem Zuschuss pro Kopf durchzuführen wäre. Eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes könne er allerdings nicht herbeiführen.

Abg. Heidenreich (DVP) behauptet, dass die Sozialdemokratie den Aerztestand vernichten wolle. So habe der Reichstagsabgeordnete Dr. Moses in Weissenfels sämtliche Aerzte als Arztschweine bezeichnet. (Lachen und Widerspruch b.d. Soz.) In den Krankenkassen würde eine ungeheure Verschwendung getrieben.

Abg. Schmidt-Limburg (Christl. Nat. Bauern- u. Landvolk-Partei) plädiert für Ausdehnung der ländlichen Wohlfahrtpflege. Die Landfrauen müssten viel schwerer arbeiten als die Frauen in der Stadt.

Abg. Leonhardt (W.P.) fordert die Errichtung von Handwerker-Altersheimen. Die Wirtschaftspartei sei für vorsichtige Lockerung des § 218. Die Ausgaben für Volkswohlfahrt hätten ihre höchstmögliche Grenze erreicht.

Abg. Zobel (Komm.) führt Klage darüber, dass den kommunistischen Arbeiter-sport- und Kulturvereinen die Sportplätze, Schulaulen und Jugendheime entzogen würden.

Weiterberatung Montag 12 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild

SPD. Berlin, den 31. Jan. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag setzte am Sonnabend die Beratung des Wohlfahrts=etats fort. Sie verlief so schwunglos und ohne praktischen Effekt wie am ersten Tage.

Die Gesamtlage der Wohlfahrtspflege ist in Staat und Gemeinden gleich: die wachsende Finanznot zwingt zur Einschränkung der Wohlfahrtsausgaben in einer Zeit, in der steigendes Massenelend die Wohlfahrtspflege notwendiger denn je macht und eine wesentliche Erhöhung ihrer Ausgaben rechtfertigte. Aber die notwendigen Geldmittel lassen sich trotz aller Bemühungen nicht herbeischaffen, und so bleiben leider auch die dringendsten Forderungen fromme Wünsche und leere Deklamationen.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer bemühte sich, einen möglichst optimistisch gefärbten Bericht zu geben, indem er die günstigen Faktoren aus dem Gesamtbild heraushob: den erheblichen Rückgang der Sterbeziffer, das völlige Ausbleiben von Infektionsepidemien, das Absinken der Tuberkuloseerkrankungen und Todesfälle und den verhältnismäßig leichten Verlauf der aufgetretenen Krankheiten, insbesondere der Erkältungskrankheiten. Aber auf einem Gebiet versagte auch seine Kunst freundlicher Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse vollkommen, auf dem Gebiet des Bauwesens. Nach den jetzigen Dispositionen und Vorschlägen der Reichsregierung werden im Jahre 1931 bestenfalls halb soviel Wohnungen gebaut werden können wie bisher. Da der Bau gewerblicher Räume und die Verwaltungsbauten von Reich, Staat und Gemeinden fast völlig eingestellt sind, droht eine tiefgreifende Verengung des Baumarktes, die jeden Wiederanstieg der Konjunktur unmöglich machen müsste.

In der Aussprache wetteiferten Deutschnationale, Wirtschaftspartei und Volkspartei um den Preis sozialpolitischer Rückschrittlichkeit. Ihr Wohlfahrtsprogramm umfasst neben der Befriedigung aller Ansprüche der Ärzteschaft nur die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die Strangulierung der Sozialausgaben.

Frau Abg. Christmann (Soz.) trat der Sozialreaktion mit den denkbar besten Gründen entgegen und forderte energischen Aufbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege, Kampf gegen Wohnungsnot und gegen Säuglingssterblichkeit, Ausbau des Mutterschutzes und der Kinderspeisung, Beseitigung des § 218 und Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen.

Fortsetzung der Debatte Montag.